



Beschlussauszug

Sitzung des Rates der Stadt Walsrode vom 14.09.2021

Ö 17 Resolution zum ICAN-Städteappell

Status: öffentlich/nichtöffentlich **Beschlussart:** ungeändert beschlossen
Zeit: 18:00 - 19:10 **Anlass:** Sitzung
Raum: Stadhalle Walsrode
Ort: Robert-Koch-Straße 1, 29664 Walsrode
Vorlage: 2020-2026/396 Resolution zum ICAN-Städteappell

Ratsmitglied Hans-Henning Meyer erläutert noch einmal das Zustandekommen des Antrages. Aus Anlass der Hiroshima-Gedenktage am 06. und 09. August 2021 ist der Wille entstanden, der Rat der Stadt Walsrode möge sich dem Statement anschließen, wohl wissend, dass es „lediglich“ die kommunale Ebene der Stadt Walsrode betrifft. Bürgermeisterin Helma Spöring ist bereits seit Jahren Mitglied in der Organisation „Mayors for Peace“. Aus diesem Grunde bittet Herr Meyer um Zustimmung des Rates zu dieser Resolution.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Walsrode verabschiedet die als Anlage 1 beigefügte Resolution zum ICAN-Städteappell.

Abstimmungsergebnis:

beschlossen	33 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	1 Enthaltung/en
-------------	---------------	----------------	-----------------



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Walsrode

Vorsitzender: Hans-Henning Meyer, Benzer Str. 4, 29664 Walsrode

Telefon: 05161-74952 Mobil: 0174-3902886 E-Mail: h_h_meyer@web.de

Antrag der SPD-Fraktion : ICAN-Städteappell

Der Rat möge beschließen, dass sich die Stadt Walsrode dem ICAN-Städteappell zur Unterstützung des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen mit nachfolgendem Wortlaut anschließt:

„Unsere Stadt Walsrode ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Begründung:

Zur Begründung unseres Antrages verweisen wir zunächst auf die zutreffenden Ausführungen unter <https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>:

„Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte und bewohnte Gebiete dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Sie sind direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert u.a. auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Welche Auswirkungen hätte eine nukleare Explosion in der Nähe ihrer Stadt oder Gemeinde? Wie ihre örtliche Gemeinschaft in einem solchen Fall betroffen wäre, kann beispielsweise über die interaktive Karte NUKEMAP simuliert werden, welche die humanitären Folgen abschätzt. Wie ist die öffentliche Infrastruktur zur Bewältigung einer solchen Katastrophe (Krankenversorgung, Feuerwehr, THW, etc.) vorbereitet? Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Weltgesundheitsorganisation, weisen darauf hin, dass nirgends auf der Welt die medizinische Infrastruktur den Folgen eines Atomwaffenangriffs gewachsen wäre.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Risiken gleichwohl in Kauf und

sehen die Drohung mit und den Einsatz von Atomwaffen als legitim an. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger*innen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte und Gemeinden tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohner*innen. Aus diesem Grund sollten sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Ihr Engagement ist auch Ausdruck dafür, dass die überwältigende Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnt. Wenn Städte und Gemeinden die Regierung an die humanitären Folgen von Atomwaffen für ihre Bürger*innen erinnern und dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung.

Ein neues, globale Bündnis von Städten und Gemeinden stärkt die Stimmen der Menschen weltweit und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäfte zu unterlassen.“

Atomwaffen stellen auch für die mehr als 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Walsrode eine besondere Bedrohung dar.

Deshalb sehen wir es als unsere Pflicht an, die Bundesregierung aufzufordern, dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen aus dem Jahre 2017 beizutreten.

Für die SPD-Fraktion

H.-H. Meyer